Umweltschutz international

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **30 (1973)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Umweltschutz international

Ein Staatsvertrag als Anfang und Fortschritt

In Stuttgart ist von Vertretern des Landes Baden-Württemberg und des Kantons Basel-Stadt der Staatsvertrag paraphiert worden, der die Grundlage für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Abwasserreinigung im Raum Basel—Lörrach bildet. Danach wird auf dem Gebiet der südbadischen Gemeinde Haltingen eine Grosskläranlage gebaut, in der alle Abwässer des rechtsrheinischen Kantonsgebietes von Basel-Stadt sowie des Wiesentals und des Kandertals gereinigt werden. Die Abwässer aus Basel und dem Einzugsgebiet des baden-württembergischen Abwasserverbandes «Wiesenverband» werden bislang noch ungereinigt, die Abwässer des Abwasserverbandes «Unteres Kandertal» nur mechanisch gereinigt in den Rhein eingeleitet. Die nunmehr vor der Verwirklichung stehende grenzüberschreitende Lösung drängte sich auf, da der Kanton Basel-Stadt auf eigenem Hoheitsgebiet kein ausreichendes Gelände für eine Kläranlage besitzt. Die Gemeinschaftsanlage entspricht aber auch den deutschen Interessen, da sie die Abwassersanierung des vorderen Wiesentals und des Kandertals umfasst.

Die Investitionskosten für das Projekt betragen, nach dem Kostenstand von September 1969, mehr als 57 Mio DM, während sich die Jahreskosten auf mehr als 10 Mio DM belaufen. Die geplante Abwasserreinigungsanlage wird eine Reinigungsleistung von 85 bis 90 % erreichen und damit die Belastung des Rheins im Einzugsgebiet der Kläranlage von 1,4 Mio auf 200 000 Einwohnergleichwerte reduzieren.

Zur Hälfte pro, zur Hälfte kontra

Der gesetzlichen Einführung von Betriebsbeauftragten für Umweltschutz steht Deutschlands Grossindustrie zur (starken) Hälfte ablehnend und zur (knappen) Hälfte zustimmend gegenüber. Das berichtet nach einer Umfrage die vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) herausgegebene Zeitschrift «Umwelt» in ihrer Dezemberausgabe. Das Blatt befragte 35 von rund 60 deutschen Umsatzmilliardären über die bislang nirgends klar definierte Einrichtung eines Betriebsbeauftragten für Umweltschutz. Angesichts dieser Ausgangslage ist es laut VDI-Magazin «um so bemerkenswerter», dass von 29 konkreten Stellungnahmen der Industrie 13 zustimmend zur gesetzlichen Verankerung von betrieblichen Umweltschützern ausfielen. Daneben gab es 15 Nein-Stimmen und ein Unentschieden. In den einzelnen Branchen verteilen sich Zustimmung und Ablehnung so: Chemie (6 Ja/6 Nein), Eisen und Stahl (3/2), Kraftfahrzeuge (3/1), Kohle (1/1), Mineralöl (0/3) und Energie (0 Ja/2 Nein). Diese Zahlen bedürfen laut «Umwelt» insofern der Erklärung, als verschiedene Unternehmen zwar für einen Umweltbeauftragten plädieren, eine gesetzliche Absicherung allerdings für überflüssig halten.

Ein Weltkongress, ein Umweltingenieurtag und eine Umweltschau für jedermann

Etwa 3000 Fachleute aus aller Welt werden zwischen dem 8. und 12. Oktober 1973 als Teilnehmer am 3. Internationalen Kongress Reinhaltung der Luft in Düsseldorf erwartet. Dieser bedeutendste internationale Kongress für Fragen der Luftreinhaltung wird in einem mehrjährigen Turnus von der International Union of Air Pollution Prevention Associations (IUAPPA) veranstaltet und diesmal von der deutschen Mitgliedsorganisation der IUAPPA, der Kommission Reinhaltung der Luft des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), ausgerichtet. Es ist nicht Zufall, sondern Auszeichnung, dass der 3. Weltkongress — nach London 1966 und Washington 1970 — in Düsseldorf stattfindet. Mit vielbeachteten nationalen Kongressen zur Luftreinhaltung — 1965 und 1969 ebenfalls in Düsseldorf — und mit seinen anerkannten Richtlinienarbeiten auf diesem wichtigen Gebiet des Umweltschutzes hat die VDI-Kommission Reinhaltung der Luft die Grundlagen dazu gelegt. Fachausstellungen haben sich bereits als Ergänzung der nationalen Tagungen bewährt, und die sehr viel umfassendere «Envitec '73» wird dem Weltkongress und seinem internationalen Publikum den angemessenen Rahmen bieten. Zeitlich und thematisch fügen sich noch zwei weitere Veranstaltungen in diesen Rahmen ein: der Deutsche Ingenieurtag 1973 des VDI, der unter dem Motto «Technik und Umwelt» verschiedene wichtige Teilaspekte des verästelten Problemkreises behandeln will, und eine Informationsschau «Umwelt», die auch die Laienwelt in die Diskussion einbeziehen möchte.

Mit den Wirkungen luftverunreinigender Stoffe, mit Ausbreitung und Niederschlag von Stäuben und Gasen, mit Messtechnik und Technologie der Umweltverbesserung werden sich beim 3. Weltkongress Reinhaltung der Luft in drei parallelen Vortragsreihen Spitzenkräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung auseinandersetzen. Biologen und Mediziner, Ingenieure und Chemiker, Physiker, Botaniker, Meteorologen, Architekten — um nur die wichtigsten Fachgebiete zu nennen — werden über neueste Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und das «Greifen» zwischenzeitlich beschlossener Massnahmen zum Umweltschutz berichten. 350 Vortragsvorschläge liegen bereits beim IUAPPA-Generalsekretariat im Düsseldorfer VDI-Haus vor. Sie stammen von Experten aus 22 Ländern in aller Welt.

Anfragen sind zu richten an: Verein Deutscher Ingenieure, VDI-Presse- und Informationsstelle, D-4 Düsseldorf 1, Postfach 1139.

Erste Tagung der für Umweltfragen zuständigen Minister des Europarates

Die für Umweltfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarates werden vom 28. bis 30. März 1973 erstmals in Wien zusammentreten, um anhand der Schlussfolgerungen der Stockholmer Uno-Umweltkonferenz vom Juni 1972 konkrete Schlussfolgerungen für Europa zu ziehen. Drei Themen stehen zur engeren Diskussion:

1. Die Gesamtplanung zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Umwelt, einschliesslich der Erholungszonen;
2. Massnahmen zur Erhaltung des Wildes und der Regionen von wissenschaftlichem Interesse;
3. Information und Erziehung im Bereich der Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Auch Nichtmitgliedstaaten des Europarates und Vertreter von internationalen Organisationen sollen an der Konferenz teilnehmen.

Umweltschutz an der Hannover-Messe

Umweltschutz ist eines der aktuellen Probleme, mit denen die Menschheit in zunehmendem Masse konfrontiert wird. Die Reinhaltung der Gewässer wird besonders in hochindustrialisierten Ländern in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen erfordern, ebenso die Müllentsorgung und der Lärmschutz. Zur Hannover-Messe 1973 (25. April bis 4. Mai) werden zahlreiche Unternehmen, die sich speziell oder im Rahmen ihres Fertigungsprogramms mit Erzeugnissen für den Umweltschutz befassen, dem Fachbesucher ein interessantes einschlägiges Angebot vorstellen. Bei der Wasseraufbereitung sind es acht Spezialfirmen, die auf mehr als 600 m^2 netto in Halle 19 ausstellen. Das ist flächenmässig gegenüber dem Vorjahr eine Verdoppelung.

In unmittelbarer Nachbarschaft dieser Unternehmen befinden sich die Aussteller von Armaturen, Pumpen, Schläuchen und Rohrleitungen, die ihre Produkte ebenfalls

in Halle 19 sowie in den angrenzenden Hallen 17, 20 und 23 vorstellen.
Hinzugezählt werden müssen mit Blick auf für die Wasserversorgung und -reinigung interessante Erzeugnisse die Firmen, die im Rahmen der Ausstellungsgruppen Chemie und Kunststoffe (Halle 18), Dampf- und Wasserkraft (Halle 16), Bautechnik (Freigelände und Halle 24), Elektrotechnik mit einem umfassenden Programm an mess- und automatisierungstechnischen Erzeugnissen (Schwerpunkt Halle 12/Erdgeschoss) sowie Feinmechanik und Optik (Halle 15) ihre Produkte präsentieren.

Die Erzeugnisse und Anlagen für die Beseitigung von Haus- und Industriemüll werden auch an der Hannover-Messe 1973 wieder einen nicht unwesentlichen Platz einnehmen. Auf dem Freigelände und in Halle 24 wird eine Reihe von Unternehmen ausstellen, die Müll-, Abfall-, Verbrennungs-, Vernichtungs- und Zerkleinerungsanlagen, Mülltransportanlagen, Müllabwurfanlagen, -schranktüren, -schränke und -türen sowie Müllpressen herstellen.

Anfragen sind zu richten an: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messegelände, D-3000 Hannover.

Globales Uebereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung

Ein internationales Uebereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Versenken von Abfällen und anderen Gegenständen, das auf der Konferenz in London vom 30. Oktober bis 13. November 1972 vereinbart worden ist, wird dazu führen, dass in aller Welt die Bemühungen verstärkt werden, schädliche Abfälle in verwertbare Substanzen wiederaufzubereiten oder durch Verbrennung zu vernichten. In Zukunft soll mehr als bisher geprüft werden, ob eine Lagerung giftiger Substanzen in Deponien über oder unter Tag an Land eine bessere Umweltschutzmassnahme ist als die Lagerung auf tieferem Meeresboden oder die Entgiftung mit Hilfe der Wassermassen in unbelebten Gebieten der Ozeane. Das neue globale Uebereinkommen orientiert sich im wesentlichen an dem regionalen Uebereinkommen der 13 Anliegerstaaten des Nordatlantiks, das am 15. Februar 1972 in Oslo unterzeichnet worden ist und das vor seinem Inkrafttreten von den Zeichnerstaaten praktisch schon voll angewendet wird. Zur Durchführung des Uebereinkommens werden die Vertragsstaaten — an der Konferenz in London nahmen 79 Staaten teil, davon 53 Entwicklungsländer, ferner 12 Staaten als Beobachter — eine bestehende internationale Organisation in Anspruch nehmen, die auch für die Einberufung von Sondersitzungen zur Klärung weiterer Fragen und für eine gegenseitige Beratungsfunktion der Staaten Sorge trägt.

Sauber in die Luft

Der Ruf nach sauberen Motoren für die Autos ist mittlerweile eine Standardforderung all jener geworden, die nicht länger die Luftverpestung auf den Strassen hinzunehmen bereit sind. Wenn jetzt die Umweltschutzbehörde in den USA den Abgasen der Flugzeugmotoren zuleibe rücken will, so ist das der konsequente nächste Schritt. Je mehr sich der Flugverkehr ausweitet, wie das in den USA schon lange der Fall ist, desto weniger können die Luftfahrtgesellschaften die Schutzbehauptung für sich in Anspruch nehmen, von den Abgasen auf den Flughäfen werde schliesslich nur ein ganz geringer Prozentsatz der Bevölkerung betroffen. Auch wenn es nach wie vor richtig ist, dass die Luftverpestung durch Flugzeugmotoren nur einen relativ kleinen Teil der allgemeinen Luftverschmutzung ausmacht, wie der jüngste Report der USA-Umweltschutzbehörde fairerweise einräumt, ist doch nicht einzusehen, weshalb wir mit der Abgasglocke über unseren Flughäfen leben sollten. Neunzig Prozent des gefährlichen Kohlenmonoxids und Hydrokarbons, das auf den Flughäfen die modernen Düsenjets ausstossen, wird nicht etwa, wie man leider annimmt, beim Start produziert, sondern beim Anlassen und probeweisen Durchstarten der Motoren sowie beim langsamen Vorfahren zur Startbahn. Auf lange Frist (das Jahr 1979 soll Stichjahr sein) will man die Flugzeughersteller zwingen, ebenso wie man das mit den Autoherstellern getan hat (das Stichjahr ist hier 1975), die Emissionen der Jet-Motoren kräftig zu reduzieren. All das würde nach Berechnungen der Umweltschützer in Washington ganze 161 Mio Dollar Mehraufwand ausmachen. Die Flugpreise würden nur um ein Zehntelprozent steigen. Wer wäre nicht bereit, diesen Mehrpreis zu entrichten?

Messstation für die Kontrolle von Schwefeldioxidemissionen in Japan

pl. Ein automatisches Monitorsystem für die Kontrolle des Schwefeldioxidgehaltes ist im städtischen Umweltzentrum in Kawasaki, einem Industriezentrum zwischen Tokio und Yokohama, eingerichtet worden und hat seine Tätigkeit aufgenommen. Das System misst die Luftverschmutzung und unternimmt notwendige Gegenmassnahmen. Es ist an die Schwefeldioxidmessinstrumente von 42 grossen Industriewerken angeschlossen und überprüft 94 % der Betriebe, die Schwefeldioxid emittieren. Die Messdaten werden an das System übermittelt, das mit einem Computer arbeitet. Wenn die Schwefeldioxidemissionen eines Betriebes die zulässige Grenze überschreiten, leuchtet neben einer roten Warnlampe auch der Name der Gesellschaft auf. Dies ist bereits die zweite Anlage für die Kontrolle der Luftverschmutzung, die in Japan in Städten installiert wurde.

Japan verschärft Bestimmungen über Auto-Abgas-Grenzwerte

In Japan treten vom 1. April 1973 an neue Vorschriften über Schadstoffgrenzwerte für Automobilabgase in Kraft. Wie in einer Mitteilung des japanischen Verkehrsministeriums dargelegt, sehen die Bestimmungen eine durchschnittliche Absenkung der Emission von unverbrannten Kohlenwasserstoffen um 20 %, von Stickoxiden um 30 % und von Kohlenmonoxid um 10 % vor. Bei Personenwagen der Gewichtsklasse unter 2,5 t müssen vom genannten Termin an die toxischen Abgasanteile — pro Fahrtkilometer — von Viertaktvergasermotoren auf 1,94 (bisher: 13,74) g Kohlenwasserstoff, 2,18 (3,07) g Stickoxid und 18,4 (20,5) g Kohlenmonoxid limitiert werden. Die Verfügung des Ministeriums dient als Uebergangsmassnahme bis zum vollen Inkrafttreten des Gesetzes über die Luftreinhaltung 1975 beziehungsweise 1976. Das vorgesehene «Clean Air Act» japanischer Prägung sieht eine Ausstossminderung auf maximal (pro km Laufstrecke) 2,10 g Kohlenmonoxid, 0,25 g Kohlenwasserstoffe und 1,20 g NOX 1975 beziehungsweise 0,25 g 1967 vor. Nach Ansicht des Verbandes der japanischen Automobilhersteller ist die ab April 1973 geltende Zwischenlösung strikter abgefasst worden als ursprünglich erwartet. Obwohl die Branche den Zeitpunkt zur Erfüllung der Normen für verfrüht erachte, müsse man sich im Hinblick auf die stetige Verschlechterung der Luftqualität in Japan mit den neuen Vorschriften abfinden.

Amerikanisch-sowjetische Vereinbarung über Umweltschutz

pl. Nach dreitägigen Expertengesprächen ist im September 1972 in Moskau ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen über gemeinsame Aktionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes unterzeichnet worden. Mit der Vereinbarung wird der Vertrag über Umweltschutz ausgefüllt, den die USA und die Sowjetunion am 23. Mai dieses Jahres während des Nixon-Besuches in der sowjetischen Hauptstadt unterschrieben hatten. Die Projekte, an denen amerikanische und sowjetische Wissenschafter gemeinsam arbeiten werden, schliessen unter anderem Untersuchungen der Luft- und Wasserverschmutzung und deren Folgen auf die Umwelt sowie die Möglichkeit der Voraussage von Erdbeben ein. Vergleichende Studien sollen jeweils in den USA und in der UdSSR gemacht werden. Die Ergebnisse der gemeinsamen Forschungen werden auch anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden, da die Umweltprobleme nicht an nationalen Grenzen enden, erklärte der Vorsitzende des amerikanischen Rates für Umweltschutz, Russell E. Train.

Moskau fordert internationale Zusammenarbeit für Umweltschutz

pl. Für stärkere internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes hat sich der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Wladimir Kirillin eingesetzt. Vor den Delegierten der beiden Kammern des Obersten Sowjets, der sowjetischen Volksvertretung, unterstrich er, dass der globale Aspekt der Umweltverschmutzung nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden könne. Die bislang getroffenen Massnahmen bezeichnete der Redner als unzureichend. Auf der Sitzung des Obersten Sowjets wies der stellvertretende Ministerpräsident auf Massnahmen hin, die in den letzten Jahren in der Sowjetunion vor allem zur Reinhaltung des Kaspischen Meeres, des Baikalsees sowie der Flüsse Wolga und Ural getroffen worden seien. Ab 1980 dürfen die Haushaltungen und Industrieanlagen im Einzugsgebiet dieser Flüsse keine ungereinigten Abwässer mehr ableiten.